

erschient wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an:

A. Bebel, Petersstraße 18, F. Thiele, Emilienstraße 2,

Der Volksstaat

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Abonnementspreis
für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.
Agent für London & Duenking Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.
Filial-Expedition für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101, Hoboken N. J. via New York

Abonnements-Einladung.

Wir fordern hiermit die Parteigenossen auf, das Abonnement auf den „Volksstaat“ sofort erneuern zu wollen, damit keine Unterbrechung in der Zusendung des Blattes eintrete.

Wir machen hierbei darauf aufmerksam, daß der schnellste und sicherste Bezug durch die Post ist. Alle Postanstalten in Deutschland sind verpflichtet, Bestellungen auf den „Volksstaat“ anzunehmen. Das Abonnement kostet per Quartal 12 Sgr. = 42 Kr. südd. Währung. In Preußen kostet das Blatt, in Folge des Zeitungstempels, vierteljährlich 16 Sgr. Ein Blatt unter Kreuzbandsendung kostet per Quartal 25 Sgr.; der Betrag ist bei der Bestellung franko einzusenden.

Politische Uebersicht.

Das Journal Officiel (amtliche Organ) der Versailler erklärt es in einem Artikel gegen die englische Presse für eine „elende Verleumdung“, daß noch summarische Hinrichtungen stattfänden. Nun wird aber der „Kölnischen Zeitung“ d. d. 17. d. M. aus Paris geschrieben:

„Es ist keineswegs begründet, daß die Massenerschießungen aufgeführt haben. Gestern wurden noch 140 auf einmal auf dem Père Lachaise zusammengeschossen. Es war ein schauerhafter Anblick; viele waren nicht gleich todt, und wälzten sich heulend auf dem blutgetränkten Boden herum.“

In „Reynolds' Newspaper“ findet sich eine Pariser Correspondenz vom 16. d., in der es heißt:

„Nach Allem, was ich höre, herrscht in Belleville und dem Faubourg St. Antoine ein „Weißer Schrecken“, der um so furchtbarer ist, weil nicht der leiseste Grund mehr dafür vorliegt, da aller Widerstand längst aufgehört hat. Ich höre aus sicherer Quelle, daß summarische Hinrichtungen noch täglich vorkommen, und zwar namentlich in Faubourg St. Antoine. Folgende Geschichte wird mir von einem zuverlässigen Augenzeugen erzählt:

„Eine Frau wurde in der Rue de la Roquette als Brandstifterin ergriffen und zur Exekution abgeführt, ihr Kind, ein Mädchen von 3—4 Jahren, folgte, sich an die Röcke der Mutter anklammernd. Die Frau wurde in einen Hof geschleppt — aus einem in denselben gehenden Fenster sah mein Gewöhrsmann zu — und sofort an die Wand gestellt und erschossen. Das Kind, welches man von der Mutter weggerissen hatte, ehe sie an die Wand gestellt ward, lief weg, schreiend vor Angst und Schreck. Darauf zog ein Offizier seinen Revolver und schloß das weglauende Kind durch den Rücken — es fiel sofort nieder und war auf dem Fleck todt. Es klingt das unglaublich; aber nach dem, was ich hier erlebt und gesehen habe, ist es gar nicht außerordentlich. Ein Stabsoffizier, sonst einer der gutherzigsten Menschen, die ich je getroffen, erzählte mir dieser Tage, kurz nach der Einnahme des Schlosses de la Muette habe man in einem Schranke ein eigenthümliches Klopfen gehört. Man suchte nach und fand 2 Nationalgardisten, die aus dem Schrank gezogen wurden. „Und was machten Sie mit ihnen?“ „Was wir mit ihnen machten? — Natürlich schossen wir sie todt!“

Wir könnten noch Dugende von Korrespondenzen anführen, welche es außer Zweifel stellen, daß das offizielle Organ der Versailler Regierung schamlos gelogen hat, als es erklärte, die summarischen Hinrichtungen hätten aufgehört.

Und nun einige weitere Details über die Bestialität der Versailler Ordnungsbanditen:

Ein Korrespondent der Wiener „Tagespresse“ schreibt d. d. Paris, den 15. Mai, nach einigen Bemerkungen über die Schwaghastigkeit Trochu's und Anderer:

„Der Marschall Mac Mahon allein läßt kein unnützes Wort über seine Lippen oder aus seiner Feder kommen. Die Geschicktschreibung hat dem Marschall eine so blutige, schauerhafte Arbeit in Paris aufgedrungen, daß er selbst und sonst Jedermann kein Interesse hat, eine zu lebhaft Erinnerung daran zu bewahren. Die geheime Geschichte jener Schreckenswoche macht weiteres Blutvergießen fast unmöglich und bedroht die Gesellschaft mit einer furchtbaren Saat der Hasses und der Rache.“

„Hier aus hundert Erlebnissen ein Beispiel. In der nächsten Nähe der Bank befindet sich eine Gendarmerie-Kaserne, deren Stallungen und Hofmauern an Häuser stoßen, welche dem Großhandel angehören und durch welche die Wasserabzugskanäle der Kaserne fließen. Löcher in den Mauern gestatteten den Bewohnern dieser Häuser, Zeugnisse der Vorgänge in jener Kaserne zu sein. Drei Tage hindurch wurden die eingebrachten Männer, Greise und Knaben ohne Unterlaß mittelst Pulver und Blei's summarisch hingegrüßet; drei Tage und Nächte hindurch dauerte das Mordgeschrei und floss der Blutthoch aus der Kaserne durch die Höfe der erwähnten Häuser; des Nachts, um die Fülilade einzustellen, wurden Weiber, Mädchen sammt Kindern mittelst der blanken Waffe exekutirt. „C'est de mauvaise graino“, das ist eine schlechte Saat, welche ausgerottet werden muß!“ so sagten die Exekutivenden, wenn es sich um Kinder und Knaben handelte. Während jener drei Tage und Nächte sind

mehrere Damen in jenen Häusern wahnsinnig geworden und mehrere Personen gemannen unheilbare Nervenkrankheiten.“

Derselben Korrespondenz, deren Verfasser für Thiers schwärmt, also sicherlich nicht geneigt ist, ihn auf Kosten der Wahrheit zu kompromittiren, entnehmen wir, daß in Paris alle Personen verhaftet werden, die sich vor dem 18. März, also vor Ausbruch der Revolution, „durch extreme Ansichten hervorgethan haben.“

Dem Ungarischen „Klopp“ wird in einem Feuilletonartikel aus Paris geschrieben:

„Wir haben Pariser Noben in diesem wunderlichen Frühjahr — à demi mort nennt man die neueste Pfingstfesttoilette — als graue Seidel sie ist ganz neu — nur einige Tage alt, und verbannt ihren Ursprung der eigenthümlichen Weise, in welcher gewisse afrikanische Soldaten mit „Verdächtigen“ aus der Reihe der Kommunalisten verfahren. Sie schlagen sie nur „halb todt“ und lassen sie dann liegen „unter Bewachung“, bis der Todesjammer nach einigen Stunden zu Ende war. So starb z. B. Vallès, Mitglied der Kommune. Man ließ den halb verstümmelten sechs Stunden lang um den Gnadenstoß stehen! Und „Schwarzgehit“ stand grinsend vor ihm und verweigerte die — Erlösung! Aus dem zuschauenden Publikum, so meldet ein Blatt, fiel zuletzt ein Schuß, der den Qualen des Mannes ein Ende machte.“

„Schwarzgehit“ — das sind die Turko's, welche Fürst Bismarck dem Gesellschaftsretter Thiers gerade zu solcher „Culturarbeit“ aus der deutschen Kriegsgefangenschaft geschickt hatte! —

Bekanntlich wurden bis zum Fall der Kommune im Einverständnis mit der Versailler Regierung, bloß diejenigen französischen Kriegsgefangenen heimgeschickt, von deren Treue, d. h. blindem, maschinenmäßigem Gehorsam man überzeugt war. Die Regimente, welche beim Plebiszit demokratisch gestimmt hatten, sowie die Soldaten aus allen nach Sedan gebildeten Truppentheilen wurden fürsorglich zurückgehalten. *) Welch guten Grund diese Vorsichtsmaßregel gehabt, das möge folgendes Beispiel zeigen: Als am d. ein mehrere Tausend Franzosen enthaltender Truppenzug die Stadt passirte, wurden aus allen Waggonsfenstern dem zuschauenden, meist aus Arbeitern bestehenden Publikum, Bettel zugeworfen mit den Worten: „Es lebe die Republik! Nieder mit den Königen und Kaisern, auf daß es keine Kriege mehr gebe und die Völker als Brüder leben! Es lebe die Kommune! Es lebe die Menschheit!“ Gleichzeitig bestreben sich die den verschiedenartigsten Truppengattungen angehörigen Urheber dieser Demonstration, auf jede Weise durch gebrochene Worte und ausdrucksvolle Gesten ihre Begeisterung für die Republik und die Kommune, und ihren Haß gegen Bonaparte und die Monarchie überhaupt auszubräuen. Wir nennen weder Ort noch Zeit, um die betreffenden Soldaten nicht der Nachsicht des Versailler Ordnungsgesindels zu überliefern, wir können aber die Wahrheit des Erzählten verbürgen, und hinzufügen, daß wir in jüngster Zeit auch aus anderen Orten sehr günstige Berichte über die Stimmung der französischen Kriegsgefangenen empfangen haben.

Jedenfalls ist die Armee ein Faktor, mit dem die französische Regierung zu rechnen haben wird. Die Garben, Turko's und Zuaven, welche bei der Pariser Megelei die Hauptrolle gespielt, waren schon vor dem Zusammenbruch des Empire bei der Linie nicht beliebt, und es liegt auf der Hand, daß das klägliche Fiasko dieser „Elite-Truppen“ im vorigen Sommerfeldzug sie bei der Linie nicht beliebter gemacht, im Gegentheil, deren Eifersucht gesteigert und eine tüchtige Dosis Verachtung hinzugefügt hat. Im weit stärkeren Maße noch sind diese Gefühle bei den ehemaligen Mobilgardien und bei den übrigen, erst von der Republik unter die Waffen gerufenen Soldaten vorhanden. Kurz, der Versailler Militärdiktatur fehlt es an dem nothwendigsten Erforderniß der Militärdiktatur: einer verlässlichen Armee! —

Daß die Bourgeoisie ihres Sieges über die Kommune nicht froh werden kann, erhellt aus nachstehender Angstkorrespondenz der „Times“ von 16. d.:

„So ganz befriedigend ist der Zustand von Paris keineswegs; denn die Anhänger der Kommune kommen wieder zu Athem; sie erholen sich von der Panique ihrer Niederlage und gewinnen wieder frischen Muth, nicht als ob eine neue Schilderhebung möglich wäre, aber sie fangen an, geheime Zusammenkünfte zu organisiren, um über die Lage der Dinge zu berathen, um Manifeste zu erlassen, um im Süden Frankreichs zu agitiren und kurz, um uns von einer Thatsache zu überzeugen, an welcher wir bereits zu zweifeln anfangen, daß sie noch immer existiren. Der Belagerungsstand, welcher getrennt hätte aufgehoben werden sollen, besteht noch immer fort, Schildwachen, Patrouillen sind zahlreicher denn je; gestern wurde ein neues Detachement mit Revolver und auf Petroleum erlassen; täglich noch werden Borrathe von Brennmaterialien und Beschäftigungswerkzeugen aller Art in den Abzugskanälen gefunden, und allen Anzeichen gemäß glimmt das Feuer noch immer unter der Asche fort. Die bevorstehenden Wahlen werden dem Süden Frankreichs eine Gelegenheit geben, die Waale fallen zu lassen, und es müßte mit sonderbaren Dingen zugehen, wenn sie ohne Störungen verliefen. Bei einem in Lyon verhafteten Individuum wurde vor einigen Tagen ein ausführliches Programm für eine kommunistische Revolution vorgelesen, welches in drei Abtheilungen zerfällt: 1) für die Bildung eines geheimen Wohlfahrtsaus-

schusses; 2) für die Bildung eines Centralausschusses der Nationalgarde (man muß bedenken, daß die Regierung es noch immer nicht gewagt hat, die Nationalgarde von Lyon zu entwaffnen, und daß diese jetzt die gefährlichste Waffengewalt in ganz Frankreich ist) und 3) für die Herstellung einer dauernden Regierung. Jede dieser drei Abtheilungen enthält eine lange Reihe von Unterabtheilungen; die letzte nicht weniger als 27, und das ganze Manifest zeigt, daß nicht allein die Kommune in Frankreich noch immer am Leben ist, sondern auch, daß sie entschlossen ist, sich ihre jüngsten Erfahrungen zu Nütze zu machen und ihre nächsten Operationen auf Grund eines wohlüberdachten Planes auszuführen. Unter den charakteristischen Bestimmungen der letzten Abtheilung finden wir gänzliche Unterdrückung der reaktionären Presse und militärische Befehle der betreffenden Druckerien; Aufhebung der Kriegskostenzahlung an die Deutschen, welche aus dem Privatguthum der wohlhabenden Klassen gedeckt werden soll, da diese Napoleon zur Kriegserklärung trieben; Sequestration des Eigenthums aller Kirchen und aller Personen, welche sich weigern, mit der Kommune gemeinschaftliche Sache zu machen; Verhaftung einer großen Anzahl von Weibern, welche hingerichtet werden sollen, sobald die Kommune von den Streitmächten der Regierung angegriffen wird; Vorbereitungen zu einem Offensivkriege gegen die Truppen der Regierung im Süden Frankreichs und gleichzeitigen Kommunistaufstände an anderen Orten. Eine mysteriöse Persönlichkeit Namens Gavoche ist in Lyon aufgetaucht; aber dies scheint mehr der Name einer Klasse als eines Individuums zu sein, und an den Straßenecken sind Proklamationen angeschlagen, welche die Unterschrift des „Auffstands-ausschusses der Gavoche von Lyon“ tragen. Auch sind eine große Anzahl Fremder eingetroffen und die Bettler haben sich dem Anschein nach stark vermehrt. Alle diese Anzeichen haben die Regierung veranlaßt, Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, aber einer der nothwendigsten Schritte wäre die Veretzung des gegenwärtigen Präfecten Valentin, einer Gambetta'schen Kreatur, die viel zu roth ist, um verlässlich zu sein.“

Der hier erwähnte Valentin ist derselbe Valentin, welcher in der Acolas'schen Broschüre über die Pariser Revolution gebrandmarkt wird. Er erklärte Jeden, der die Kommune verteidigte, für einen „mit verbrecherischen Illusionen“ Befassten, der „die Verachtung aller Menschen von Herz und Verstand verdiene.“ Und dieser „Honette“ figurirt jetzt schon unter den „Rothhen“! Nächstens wird Favre an die Reihe kommen. —

Das Polizeiblatt „Paris-Journal“ veröffentlicht ein angebliches Manifest der Internationalen, welches in den heimlichen Clubs derselben neulich verlesen worden sein soll, aber jedenfalls ganz oder doch an einzelnen Stellen gefälscht ist:

„An alle Bürger! Angesichts der von der Reaktion gegen das Proletariat entsetztesten wüthenden Verfolgung ist es Pflicht aller Mitglieder der Arbeiterassoziation, mit allen ihren Kräften gegen eine unerhörte Rückkehr zur Barbarei zu protestiren. Die Kommune wird aller Sorten von Schändlichkeiten, des Diebstahls, der Schandungen, der Brandstiftung beschuldigt. Und in Paris hat niemals größerer Ruhe geherrscht als während der Kommune! Wenn Unordnungen während des erbitterten Kampfes gegen die Soldaten der Reaktion stattgefunden haben, so sind niemals die Soldaten des Rechts zur Arbeit Urheber davon gewesen. Es hat Feuersbrünste gegeben. Aber — abgesehen von den durch die Versailler angezündeten — hatte nicht Paris, erdrückt von den Janischaren aller Reactionen, aller Despotismen, das Recht, sich unter seinen Trümmern zu begraben mit dem Rufe: Es lebe die Kommune! Es lebe die Sozialrepublik! Arbeiter aller Länder! Man behandelt uns als Meuchelmörder, als Diebe, als Brandstifter! An euch ist's, zu urtheilen und zu wählen! Seitdem die Welt existirt, ist das Proletariat der Sklave des Kapitals, des Klerus, des Weibs. Zugelassen, daß wir alle Verbrechen begangen haben, deren man uns beschuldigt, sind unsere Unterdrücker nicht tausendmal schuldiger als wir? Wir strecken ihnen die Hand entgegen, sie ziehen sie zurück! Arbeiter! Unser Verbrechen ist, die Freiheit der Arbeit, die Emanzipation der Frau, mit einem Wort das Recht, zu leben, gemollt zu haben. Wir haben unser Ideal erreicht — nur einige Tage lang. Aber besiegt sind wir nicht, wenn wir auch erlegen sind. Der Sozialismus läßt sich nicht besiegen, denn er ist die Gerechtigkeit, denn er ist das Recht. Kommt zu uns; wir haben die Straße geöffnet, haben sie mit unsern Leichen bedeckt, als Wegweiser für unsere Kinder. Kein Zurückweichen ist möglich. Der Kampf ist entbrannt. Paris hat euch gezeigt, was das Volk vermag. Vorwärts! Mäthen wir durch die Ruinen der gegenwärtigen Gesellschaft unsere todtten Brüder, um uns dem Joche unserer ewigen Widersacher: der Priester, der Könige und des Kapitals, zu entreißen! Es lebe die Kommune! Es lebe die Sozialrepublik! Paris, 19. Prairial, Jahr 79.“

Dasselbe Polizeiblatt veröffentlicht einen angeblichen „Bericht“ der „Internationalen“, der über die Geldquellen der Kommune folgende erbauliche Einzelheiten bringt:

Ertrag der von den Pariser Senossenschaftsmitgliedern während der Belagerung bezahlten und von der Propaganda absorbirten Summen	200,000 Fr.
Freiwillige Beisteuer während der Belagerung zu demselben Zweck	21,615 „
Sendung aus London vom 11. März an den Kapitän Audignour, mittelst zweier Tratten auf das Haus Rothschild und einer Tratte auf das Haus Billel Will, gezogen im Namen eines großen Belhändlers	145,000 „
Zweite Sendung aus London auf dieselbe Weise	100,000 „
Erste Sendung aus Berlin an Leon Frankel und Regere durch Wolowski jun. in baarem Gelde	98,000 „
Zweite Sendung aus Berlin zwei Tratten durch Chamard, einen aus der Gefangenschaft heimkehrenden So. daten	20,000 „

Am 18. März kostete demnach die Pariser Insurrektion der Internationale 782,615 Fr.

Am 19. März schrieb Kloutens nach London: Paris gehört uns, aber wir brauchen Fonds. Bürger Assi besauptet, daß man sich mit einer Million zwei Monate lang halten könnte, und wir besitzen kaum 100,000 Franken.

Einige Tage darauf kam dem Centralomitee eine Sendung von zwei Millionen zu, die ihm die ferneren Mittel verlieh, die Anhänger der Ordnungspartei zu stützen.

Das war die letzte Sendung von Fonds.“ Ueber die erlittenen Menschenverluste der Internationalen heißt es in den „Bericht“:

„Von fünfundsiebenzigtausend in Paris eingeschriebenen Mitgliedern hat die Internationale achttausend Mann, theils an Todten, theils an Verwundeten verloren. Zwanzigtausend ihrer Bestimmungsgenossen befinden sich in der Hand der Gerechtigkeit.“

Fortsetzung auf Seite 4.

*) Daher kommt es beiläufig, daß jetzt noch mindestens 50,000 Kriegsgefangene Franzosen in Deutschland sind, was nicht bloß eine standalöse Ungerechtigkeit gegen die ihrer Freiheit beraubten Franzosen ist, sondern auch eine schwere Belastung für das deutsche Volk, das dieselben zu ernähren hat. Mit dem Gelde, das diese aus reaktionären Motiven über die Zeit festgehaltenen Franzosen und kosten, und dessen Ersatz sehr problematisch ist, hätte so manchen Landwehrleuten, deren Gesicht der Krieg ruiniert hat, wieder auf die Beine geholfen werden können!

So haben wir nun gesehen, Herr Minister, daß Ihre Untersuchung im Punkt 1 — ohne Bonaparte und das Kaiserreich wäre die Revolution vom 18. März nicht ausgebrochen — gänzlich mißlungen ist, und daß das Beschönigungsplaster für die Bourgeoisie, „zweiter Dezember“, sich sehr leicht abheben läßt. Im Verfolg Ihrer Untersuchung und indem Sie auf den Punkt 2 — den Krieg — zu sprechen kommen, wenden Sie zur Abwechslung statt der Beschönigung Ihrer Partei die Verläumdung Ihrer Gegner an, um die Insurrektion, nachdem sie physisch besiegt, auch moralisch zu brandmarken. Die Wahrheit, daß jeder Krieg eo ipso ein großes Proletariat erzeugt, vermögen Sie, wie oben bereits gezeigt, nicht in ihrer Konsequenz — der Propaganda für den Sozialismus — zu würdigen; wohl aber kommt es Ihnen sehr leicht an, auf das Paris, welches der Welt im Leiden und Entfagen ein so wunderbares Beispiel gab, alle Anklagen und Anschuldigungen zu schütten, welche ein erbitterter Feind nur erfinden kann. Niemand kann die Festigkeit der moralischen und politischen Entartungen beschreiben, deren Beute diese unglückliche Stadt war. Die Entmuthigung und der Zorn theilten die Gemüther. Niemand wollte sich in sein Unglück fügen, und Viele suchten ihren Trost in der Ungerechtigkeit und Gewaltthätigkeit. Das ist der Lohn der heroischen Duldung! Glücklicherweise besitzen wir aber einen Brief Gambetta's an Sie, Herr Minister, vom 16. Januar ds. Js., aus welchem hervorgeht, daß derselbe den Unmuth der Pariser über die Unfähigkeit der Regierung der nationalen Verteidigung vollständig getheilt hat, und daß auch er nicht die mindeste Lust verspürte, sich in dieses „Unglück zu fügen“. Gambetta schrieb:

„Ich fühle, daß Sie verloren sind, daß Sie in den Abgrund gehen mit dem vollen Bewußtsein der Fehler Desjaignes, der Sie hineinstößt, der erduldenden Verantwortlichkeit, welche die Geschichte Ihnen aufliegen wird, weil Sie nicht männlich den Urheber unseres gemeinsamen Ruins abzuschnitten vermochten. Sie sehen, wie die schreckliche Katastrophe jeden Tag an Sie, an Frankreich und an die Republik näher herankommt und Sie resigniren sich lieber seufzend, als daß Sie sich entschlossen eines Mannes entledigen, der, was immer seine Tugenden sein mögen, der Lage ebenbürtig gewachsen ist als seiner Aufgabe und seinem Mandat. (Ist gegen Trochu gerichtet. A. d. N.) Kleinliche Berücksichtigungen von Personen hemmen Sie in solchem Maße, daß die viermonatlichen gigantischen Anstrengungen von Paris und Frankreich unfruchtbar gemacht werden. Sie lassen sich durch den Hunger und die ... in die Enge treiben; auf diese Weise haben Sie die günstige Stunde und Gelegenheit zu einem siegreichen Durchbruch vorbegeben lassen und mit den reifsten (!) Intentionen werden Sie fallen, wie Diejenigen von Mey und Sedan gefallen sind.

„Folgen Sie den Anzeichen der öffentlichen Meinung, die in diesen Angelegenheiten immer eine wunderbare Sehrgabe zeigt. Die mir zugekommenen Pariser Journale, selbst die gemäßigtesten, beweisen mir, daß ich nur die einstimmige Ansicht Ihrer bewundernswürdigen Bevölkerung ausdrücke.

„Sie werden begreifen, daß es meine Pflicht sei, Frankreich Ihre so charakteristischen Depeschen über die Lage und über die militärische Leitung von Paris wissen zu lassen. Wenn ich daher bis zum 25. d. keine Depesche erhalte, die uns anzeigt, daß ein Anfall mit allen Kräften und ohne die Absicht der Rückkehr unternommen wurde, so werde ich Frankreich die ganze volle Wahrheit bekanntgeben.“

Sie sehen also, daß das, was Sie hier „Trost suchen in der Ungerechtigkeit und der Gewaltthätigkeit“ nennen, nichts weiter war, als die berechnete Geltendmachung der zum Heil der Stadt notwendigen Forderungen, welche eine ehrliche republikanische Regierung ohne jede Weigerung hätte gewähren müssen. Allein, Ihr Republikanismus ist eben so la la, — das beweisen die Worte, welche Sie am 4. September, während der tumultuarischen Scenen im gesetzgebenden Körper einige Stunden vor der Proklamirung der Republik ausgesprochen haben: „In diesem Augenblicke haben wir Einigkeit nötig. Darum proklamiren wir auch nicht die Republik“. Scharfsinniger Mann! Alle halbwegs klarschenden Politiker, selbst solche, die von Herzen Monarchisten waren, wollten gerade deshalb die Republik proklamirt haben, weil sie wußten, daß unter dem Banner derselben der Volkskrieg erfolgreicher geführt werden kann, als unter dem Banner der Monarchie.

Doch um auf das „Trostsuchen in der Ungerechtigkeit und Gewaltthätigkeit“ zurückzukommen, welches Sie schließlich als Kommune und Föderation der Nationalgarde definiren, so sei nur erwähnt, daß Ihre Regierung selber zu Ende Oktober die Errichtung der Kommune zugesagt hat und daß Rochefort eben deshalb, weil sie ihr Wort dann nicht halten wollte, am 1. November aus der Regierung ausgetreten ist. Was ferner die „Föderation der Nationalgarde“ anbetrifft, deren Forderungen darin gipfelten, daß die Nationalgarde die einzige militärische Beschützerin von Paris sein solle und ihre Chefs selber wähle, so können wir für die Billigkeit dieser Forderungen das Zeugniß eines Mannes citiren, der in Ihren Augen gewiß einige Achtung verdient. Im September v. J. hat nämlich ein Ihnen wohlbekannter Minister der französischen Republik an die diplomatischen Agenten derselben ein Rundschreiben erlassen, worin er den Gegensatz zwischen dem friedliebenden französischen Volk und der kriegslüchtigen, ruchlosen Deutscherbande auseinandersetzt und die Forderungen bezeichnet, welche das erstere von jeher, aber leider vergebens, an das Kaiserreich gestellt hat. Eine wunderschöne Stelle in diesem Circular lautet also: „Wir wollten, daß die Freiheit zugleich unser gemeinsames (Deutschlands und Frankreichs) Band und unser gemeinsames Schicksal sei; wir waren überzeugt, daß diese moralischen Kräfte für immer den Frieden aufrecht erhalten würden. Aber wir forderten als Bürgerschaft: eine Waffe für jeden Bürger, eine bürgerliche Verfassung, selbstgewählte Chefs. Dann würden wir auf unserm Boden unüberwindlich bleiben. Die kaiserliche Regierung wies diese Politik zurück.“

Nicht wahr, Herr Minister, eine sehr schöne Stelle? Und von wem verfaßt? — Vom Minister des Auswärtigen, Jules Favre! — Und wenn Sie trotz alledem die Erschießung der Generale Lecointe und Thomas, welche, Ihrem Prinzip der „selbstgewählten Chefs“ zuwider, sich dem Volke als Chefs aufdrängen wollten, für ein Verbrechen halten, nun so tragen Sie vor allem die Schuld daran, welcher die Parole „selbstgewählte Chefs“ zu allererst ausgegeben hat. Sehen Sie: Das kommt davon, wenn man ein schlechtes Gedächtniß hat.

(Schluß folgt.)

*) In dem veröffentlichten Text ist hier ein Wort ausgelassen. Wahrscheinlich hieß es: Feiglings, oder: Verräther.

das sind offenbar die einzigen Waffen des „Geistes“, mit denen die Gegner der Sozialdemokratie uns noch zu bekämpfen wissen. Andere Waffen haben sie nicht mehr. Nehmen wir zum Beispiel folgende, von einem der berühmtesten preussischen Gesandtschaftsinspectoren in London fabricirte Korrespondenz, welche durch unsere „honnete“ Presse die Kunde macht:

„Die „Internationale“ verfolgt offenbar gegenwärtig den Zweck, viel von sich reden zu machen, um durch ihre Berühmtheit eine Anziehungskraft mehr auf phantastische oder leicht verführbare Köpfe auszuüben. Sie erläßt daher Aufrufe, verbreitet Maueranschläge in Paris und anderswo, schreibt an die Presse Briefe zu ihrer Rechtfertigung; aber nach den Ereignissen von Paris können alle diese Manöver nur dazu dienen, die verderbliche Gesellschaft verhasst und verachtet zu machen, statt ihr Zuwachs zu verschaffen. So auch eine Adresse, welche der hiesige Generalrath des Internationalen Arbeiterverbands (!) beschloss und erlassen hat. Sie ist gerichtet an alle Mitglieder der Gesellschaft in Europa und den Vereinigten Staaten, sehr umfangreich und hat vornehmlich die Geschichte Frankreichs vom 4. September bis zum Sturze der Kommune zum Gegenstand. Die neuesten Ereignisse beleuchtend, sagt der Generalrath: „Das Paris der Arbeiter hat in der heldenmüthigen Selbstaufopferung Gebäude und Denkmäler den Flammen Preis gegeben. Wenn die Herrscher den lebendigen Leib des Proletariats in Stücke zerreißen, so dürfen sie nicht hoffen, triumphirend in unberührte Bauten einzuziehen.“ Die Bekenntnisse der schönen Seelen werden immer offenerherziger.“

„Die „Internationale“ verfolgt offenbar gegenwärtig den Zweck, viel von sich reden zu machen!“ Der brave Polizeispion, der diesen geistreichen Satz geschrieben hat, ist wohl selber ein Mitglied der „Internationalen“? Und die Hundert Skribenten, die tagtäglich in zahllosen Bourgeois- und sonstigen Reaktionsblättern von der „Internationalen“ reden, sind ditto Mitglieder der „Internationalen“? Und Jules Favre, der ihr sein famoses Circular gewidmet hat, ist ebenfalls ein verkappter „Internationaler“? Doch halten wir uns bei dieser Probe des polizeispionischen Scharfsinns nicht auf. „Das Paris der Arbeiter hat in der heldenmüthigen Selbstaufopferung Gebäude und Denkmäler den Flammen preisgegeben“ sagt der Generalrath in seinem Manifest, — schreibt der Polizeispion. Der Generalrath gesteht also, daß die Kommune „Gebäude und Denkmäler den Flammen preisgegeben“ mit andern Worten, daß sie Paris in Brand gesteckt hat. Der Polizeispion sagt das, und die honnete Presse druckt es nach. Was sagt aber der wirkliche Generalrath, dessen Mundstück der Polizeispion und die honnete Presse ist? „Das Paris der Arbeiter hat bei seiner heldenmüthigen Selbstverbrennung Gebäude und Denkmäler in seine Flammen hineingezo-gen.“ (The working men's Paris, in the act of its heroic selfholocaust, involved in its flames buildings and monuments.) Kein Wort, das auf absichtliche Brandstiftung gedeutet werden könnte. Die Kommune war entschlossen, bis auf den letzten Mann zu kämpfen; sie führte den Entschluß aus, und in ihren Untergang „wurden Gebäude und Denkmäler hineingezo-gen.“ Der Untergang der „Gebäude und Denkmäler“ ist in dem Manifest des Generalraths ein unvermeidliches Inzidenz des Kampfs auf Leben und Tod, während ihn der Polizeispion als Zweck hinstellt. Das Paris des Manifests ist ein Held, der sich unter den Trümmern von „Gebäuden und Denkmälern“ begräbt; das Paris des Polizeispions ist ein gemeiner Worbrenner, der „Gebäude und Denkmäler den Flammen preisgibt!“

Hatten wir nicht recht, daß unsre Feinde keine andern geistigen Waffen mehr haben, als Lügen, Verläumdern und Fälschen?

Und da wir gerade bei diesem Thema sind, noch eine kurze Abrechnung: Die „Leipziger Allgemeine Zeitung“ des Professor Biedermann behauptet (und die Berliner „Volkszeitung“ in ihrer Seelenverwandtschaft druckt es nach) der „Volksstaat“ habe sich eines Widerspruchs schuldig gemacht, weil in Nr. 49 auf Seite 1 die Redaktion sagt: „Die Einäscherung von Paris durch die Sozialisten, nachdem die Versailler Eingebungen — Lüge! Die Befehle zur Anzündung der Stadt — Fälschung! Zur Hinrichtung der Geißeln — Fälschung!“ — und weil hernach Seite 4 in einem (beiläufig nichtredaktionellen) Artikel gesagt wird: „Statt die Geißeln sofort — als Revanche für die Barbareien des Versailler Gefindels — zu erschließen, that man es erst im letzten Augenblick. Anstatt die Tuilerien und das Palais Royal, diese Denkmäler monarchischer Schmach, abzutragen und brauchbare Wohnhäuser für das enterbte Volk an ihre Stelle zu setzen, zündete man sie an und benützte sie zur Deckung des Rückzugs.“ Für dieses Biedermannsche Hirn sind also die Tuilerien und das Palais Royal identisch mit Paris, und die Anzündung dieser beiden Paläste „zur Deckung des Rückzugs“ gleichbedeutend mit der „Einäscherung von Paris!“ Und wenn wir die vom Polizeiblatt „Paris-Journal“ veröffentlichten, angeblich bei todtten Kommunisten gefundenen Befehle zur Erschießung der Geißeln x, aus inneren Gründen, und auf das Zeugniß politischer Gegner, die in diesem Punkt wenigstens der Wahrheit die Ehre geben, für Fälschungen erklärten, so soll dies nach der Biedermannschen Logik mit der nach andern gegnerischen Berichten von einem unserer Korrespondenten als Thatfache angenommenen, dennoch „im letzten Augenblick erfolgten Erschießung der Geißeln“ im Widerspruch stehen! Daß die vom „Paris-Journal“ veröffentlichten „Befehle“ „Fälschungen“ sind, ist zur Unmöglichkeit konstatiert. Ferner ist vom „Siecle“, einem Organ der Ordnungspartei, konstatiert, daß die Kommune die Freilassung der Geißeln anordnete. Ob dieselben dennoch durch Soldaten der Kommune erschossen wurden oder nicht, — darüber waltet noch Dunkel.

Der von uns mitgetheilte Bericht des „Siecle“ spricht für das letztere, und ebenso der von uns mitgetheilte Bericht eines Englischen Arztes. Hat die Erschießung wirklich durch Nationalgardisten stattgefunden, so war dies nach dem Kriegsrecht ganz in der Ordnung, und das haben wir von vornherein erklärt. Die Kommune hatte sich beiläufig während der Belagerung erboten, sämtliche Geißeln gegen Blanqui auszuwechselln — jedoch die Versailler Regierung ging nicht darauf ein. Auf sie siele diese Schuld, wie auf sie die Verantwort-

lichkeit für alle in Paris verübten Greuel fällt! Geißeln nehmen, ist ohne Zweifel eine „barbarische“ Sitte, aber Barbaren gegenüber ist, wer sich ihnen nicht hilflos überliefern will, zu barbarischen Mitteln gezwungen. Und haben nicht etwa die Preußen die Sitte des Geißelnnehmens im letzten Krieg wieder offiziell eingeführt? Herr Biedermann wird doch nicht tabeln wollen, was seine tadellosen Protegés gethan haben? Doch genug! Wir wollten ja hier nicht die Kommune verteidigen, sondern bloß nachweisen, daß Herr Biedermann seine eigne Logik hat, wie seine eigne Moral. Die Tuilerien und das Palais Royal mit Paris verwechseln, eine zweifelhafte That-sache mit einem unzweifelhaft gefälschten Aktenstück zusammenwerfen: Herr Biedermann, es fehlt Ihnen gewiß nicht am besten Willen, allein Sie sind doch noch ein Stämper, obgleich kein Anfänger, im Lügen, Verläumdern, Fälschen!

Die große Leipziger Volksversammlung.

(Schluß.)
Redner bewies dann, wie 2) die Verwendung der Steuern eine nicht minder ungerechte sei, wie die Erhebung derselben; zeigte dies an den Beiträgen der Stadt zu den höheren Schulen und den Volks- und Armenschulen, wo die Beiträge zu den ersten das Drei- und Vierfache der Beiträge zu den letzteren betrage; so müsse die Stadt für einen Schüler der Thomasschule (Gymnasium) 37 Thlr., der Rikolaischule (Gymnasium) 39 Thlr., der Realschule 11 1/2 Thlr., der Seifsta 24 1/2 Thlr., der I. Bürgerschule 7, der II. Bürgerschule 13 1/2, der III. Bürgerschule 10 1/2, der IV. Bürgerschule 16, der V. Bürgerschule 11 Thlr. aus dem Stadtsäckel zuzuführen. Die Gymnasien erhalten also das Doppelte und Dreifache des Betrags der Bürgerschulen pro Kopf des Schülers aus der Stadtkasse. Noch möglich sei das Verhältnis mit den sog. Bezirks-(Armen-)Schulen; in der ersten zahle die Stadt 9 1/2 Thlr. pro Kopf, also nur den vierten Theil wie bei dem Rikolaisgymnasium, in der zweiten Bezirkschule 9 1/2, also das gleiche Verhältnis. Die Katho- und Freischule erhalte pro Kopf 10 1/2, die Schule des Arbeitshauses für freiwillige gar nur 5 1/2 Thlr., d. h. den siebenten Theil wie die Gymnasien! Für die Kinder der kleinen und armen Leute werde bedeutend weniger auf die Bildung verwandt als dem Kommunefiskus, als für die Reichen. Die Bourgeoisie werfe uns „Kommunismus“ vor, wir wollten „theilen“ und dergl., hier zeige sich aber, daß die Bourgeoisie den Kommunismus bereits thatsächlich eingeführt hat, nur mit dem Unterschied, daß sie den Löwenantheil für sich in Anspruch nehme.

Redner ging hiermit zu anderen Fällen über. Die beiden Theater brachten nur 10,000 Thaler Einnahme ein, der Wirth im neuen Theater zahle für die Restauration 3000 Thlr. Der Theaterpacht sei im Verhältnis zu dem der Restauration viel zu niedrig, die Theaterdirektoren würden in Kürze reiche Leute aus Kosten der Stadt. Die Einnahmen aus beiden Theatern betragen 13,142 Thlr. Die Ausgaben 5,115 Thlr., es blieben also ca. 8000 Thlr. übrig. Nun müßten aber für dieses Jahr allein an Zinsen für die Bankkapitalien 13,611 Thlr. gezahlt werden, zum Tilgungsfond 6,027 Thlr. Die Stadt liefere dem Direktor das Gas obendrein zum Selbstkostenpreis. Der Bau des neuen Theaters sei sehr schlecht, wie die hohen Reparaturkosten für dieses Jahr (2800 Thlr.) bewiesen, während das alte Theater nur 300 Thlr. koste. Das Dach des neuen Theaters, das ein für die Stadt sehr „aufopfernder“ Stadtrath gedeckt habe, sei so mangelhaft, daß bei Regenwetter die städtische Feuerwehr kommandirt werde, um mit Säcken die Wasserpfützen auf dem Boden aufzutrocknen. Das Georgenhaus habe die Stadterrettung über 14 Thaler per Quadrat-Fuß billiger verkauft an die Allgemeine deutsche Kreditanstalt, als ein anderes Grundstück in derselben Lage an einen Schneidermeister. Ebenso sei das Material des Georgenhauses an dasselbe Institut ohne Submission und weit unter seinem Werthe verkauft worden. (Sachverständige schätzen den Verlust für die Stadt an diesem einen Grundstück auf mindestens 130,000 Thlr., die man also dem reichen Bankinstitut in die Tasche geschoben und geschenkt hat!) Ein anderer Arealverkauf unter dem Werthe habe an den Wirth der „Guten Quelle“ stattgefunden. Das ziemlich bedeutende Areal habe derselbe pro Quadrat-Fuß für 1 Thlr. erhalten, während derselbe Preis auf dem eine halbe Stunde von der Stadt entfernten Dorfe Lindenau ebenfalls gezahlt werde. Binnen wenigen Jahren werde der Werth des betreffenden Grundstücks um mindestens 100 Prozent im Preise steigen. — Veranlassung zur Unzufriedenheit gebe auch der neue Johannis-Hospitalbau. Wohl werde das Gebäude aus Stiftungsgeldern gebaut und lege der Stadt keine Lasten auf, aber es sei unverantwortlich, in solcher Weise mit anvertrauten Geldern zu wirtschaften, wie es hier geschehe. Man baue ein palasträhnliches Gebäude, das in seiner Ausstattung nicht einmal dem Zweck entspreche, indem sich die alten Männer und Frauen, für die es bestimmt, höchst unbehaglich darin fühlen würden. Die Veranschlagung bei diesem Bau könne man daraus ersehen, daß die Glaserarbeiten allein mit 12,000 Thlr. angesetzt seien. Man hätte für dasselbe Geld, welches der jetzige Bau koste, ein einfaches, würdiges, dem Zwecke vollständig entsprechendes Gebäude herstellen können, welches doppelt so groß wie das gegenwärtige geworden wäre, also die doppelte Zahl von Insassen gefaßt hätte. Während man so einerseits verschwende, suche man andererseits mit Instituten, die fast ausschließlich für Unbemittelte oder Wenigbemittelte gegründet seien, Geschäfte zu machen und sie im Interesse der Stadt, theilweise sogar direkt für die begüterten Klassen, zu verwerthen. Geider der Sparkasse, wofür die Einleger nur 3 1/2 % Zinsen erhielten, seien zum Neubau des Theaters und zu Schulen in bedeutender Höhe entnommen worden zu niedrigem Zinsfuß. Die mutmaßlichen Ueberschüsse der Zinsen und Ertragsausfälle beider Institute betragen trotzdem noch für dieses Jahr die bedeutende Summe von 19,838 Thlr. Das einzig richtige Verfahren bei diesen Instituten sei, die Kapitalien verzinslich so hoch als möglich anzulegen und dafür auch den Darlehens-, die sämtlichen Leute aus den unbemittelten Ständen seien, einen höheren Zins zu gewähren, respektive die Gebühren für die Pänder herabzusetzen; Geschäfte mit solchen Instituten zu machen, sei einer Kommune unwürdig.

Man solle dafür die Gemeindeforderungen besser ausbeuten, als es bisher geschehen. So z. B. bräuchten die Jagden in den Waldungen und Besitzungen der Stadt weit weniger ein, als es der Fall sein könnte; das komme daher, weil unser verehrlicher Bürgermeister und Stadträte neben dem sehr anständigen Gehalt, den sie aus dem Gemeindefiskus beziehen, es lieben, auf Stadtkosten das Vergnügen der Jagd zu genießen; man laße dazu auch zeitweilig die sächsischen Prinzen und andere hohe Herrschaften zu großen Treibjagden ein. Es seien zwar 270 Thlr. aus dem Erlös des geschossenen Wildes ausgeführt, das sei aber sehr wenig in Anbetracht der großen Masse Wild, die erlegt werde und der Summen, welche die Stadt bei einer Verpachtung der Jagden beziehen könnte.

Zu allen den erhöhten Anforderungen an den Gemeindefiskus kämen auch noch die Gehaltsverhöhungen des I. Bürgermeisters von 3000 auf 4000, des II. von 2,400 auf 3000 Thlr. und die Gehaltsverhöhungen sämtlicher Stadträte um mehrere hundert Thaler pro Kopf. Die Schuldirektoren seien durch die Gehaltsverhöhungen ebenfalls ausnehmend gut gestellt worden.

Frage man, wie alles dies möglich geworden sei bei unserer Gemeindevertretung, so gebe es hierauf nur Eine Antwort: Die Gemeindevertretung sei in einer Weise zusammengelassen, daß nur die privilegierte Klasse Sitz und Stimme, wenigstens das Uebergewicht, darin hätten. An den Wahlen dürften nur die eigentlichen „Bürger“ theilnehmen, obgleich diese die Minorität der Communalsteuerpflichtigen repräsentirten und alle anderen Einwohner der gleichen Lasten tragen müßten. Aber auch bei den Bürgern sei das Wahlrecht wieder ein verächtliches, ein die besitzenden Klassen besonders berücksichtigendes. Die Zahl der wahlberechtigten Bürger habe bei der letzten Gemeindevahl betragen 6089, die Zahl der Communalsteuerpflichtigen Einwohner, die über 25 Jahre alt, aber nicht Bürger seien, betrage mindestens 12,000. Von den 6089 Bürgern seien 1279 Hausbesitzer, und aus deren Mitte müßten nach dem bestehenden Wahlgesetz die Hälfte des 60 Mann starken Stadtvorordnetenkollegiums gewählt werden, also Dreißig. Aus

der Mitte der Kaufleute, 1207 Köpfe stark, also auch kaum 1/3 der Bürgerchaft repräsentierend, mühen 15 oder ein Viertel der Gesamtzahl der Stadtverordneten gewählt werden. Der Rest, der „Reißer“, 3600 Köpfe stark, 2/3 der gesamten Bürgerchaft enthaltend, könne nur 1/3, also 15 Mann im Collegium haben. Hausbesitzer und Kaufleute also, nur 1/3 der Gesamttheit der Bürger bildend, wählten 2/3 der sogenannten Unanständigen, 2/3 der Bürgerchaft, wählten nur 1/3. Nun sei es ein alter Erfahrungssatz, daß alle Vertretungen, welchen durch Privilegien geschütz, bestimmte Klassen einer Bevölkerung angehörten, immer und jederzeit ihre Klasseninteresse zu wahren suchten. In allen Fällen, wo es sich um Rechte und Genüsse handelte, nehmen sie für sich den Löwenanteil in Anspruch, wo es sich aber um Pflichten handelt, läßt man dieselben von sich auf die Schultern der Unterdrückten.

Hierbei sei noch besonders festzuhalten, daß die Hausbesitzer die Summen von Grundsteuer, auf Grund deren man ihnen wohl das Privilegium besonders eingeräumt, mehr als jede andere Klasse in der Lage seien, von sich abzuwälzen und sie durch die Miether bezahlen zu lassen. Die Hausbesitzer seien bei dem beständigen Mangel an Logis in der Lage, die höchsten Preise zu stellen, und die Wohnungen in bestimmten Lagen besäßen sogar nahezu einen Monopolpreis. Ein solches Wahlsystem sei verwerflich, weil ungerecht. Durch die Beschlässe des sächsischen Landtages vor einem Jahre sei zwar die frühere indirekte Wahlart bei Stadtverordnetenwahlen abgeschafft worden, das Wahlsystem sei aber, und zwar, wie Redner konstatierte mühte, auf Antrag eines sogenannten „liberalen“ Abgeordneten, des Dr. Siebermann, beibehalten worden. Die Leipziger Vertreter, obgleich sie alle drei der „liberalen“ Partei angehörten und die schönsten Versprechungen vor ihrer Wahl gegeben hätten, stimmten mit dafür. Das Leipziger Stadtverordneten-Kollegium, das seit Jahren aus „liberalen“ bestanden, habe dies Alles gut geheißt und obgleich ihm die Wahl zugestanden, die Verhältniszahl der Klassenverteilung zu ändern, darin Nichts gethan.

Dies und die ganze städtische Verwaltung Charakteristika unsere „liberalen“ genügt.

Nach Schluß seiner Darlegung beantragte der Referent folgende Resolution: Die Versammlung erklärt:

1) Das gegenwärtige Kommunalsteuersystem ist ungerecht und verwerflich, indem es die Kleinbürger und Arbeiter unverhältnismäßig belastet und in demselben Maße die wohlhabenden Kreise der Bevölkerung entlastet.

2) Die Verwendung der Kommunalsteuern zeigt, daß die Interessen der gut situierten Klassen unserer Einwohnerschaft in nicht zu billiger Weise bevorzugt werden, auf Kosten der anderen Klassen.

3) In Erwägung, daß ein solches System der Bevorzugung nur möglich ist unter einer Kommunalverwaltung, deren Vertretung fast ausschließlich den privilegierten Kreisen der Bevölkerung angehört;

4) In Erwägung, daß die Gerechtigkeit gebietet, diejenigen, welche die Pflichten tragen, auch an den Rechten teilnehmen zu lassen, und in Erwägung, daß der weitest große Teil der kommunalsteuerpflichtigen Einwohner in Folge der realen Vermögensverteilung von jedem Einfluß auf die Zusammenfassung der Kommunalverwaltung ausgeschlossen ist; ferner daß diejenigen Teile der Bevölkerung, welche als sogenannte Bürger zwar wahlberechtigt sind, dieses Wahlrecht aber nur nach einem veralteten Klassen-Wahlrecht ausüben können,

erklärt die Versammlung:

Die Einführung des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts mit gleicher Stimmabgabe für alle mündigen kommunalsteuerpflichtigen Einwohner ist ein Gebot der Nothwendigkeit. Pflicht eines jeden billig Denkenden ist, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Verwirklichung desselben einzutreten.

Endlich erklärt die Versammlung:

1) Die städtischen Kollegien haben durch ihre bisherige Thätigkeit gezeigt, daß sie weder von dem Geiste der Gerechtigkeit in Bezug auf die Veranlagung und Verwendung der städtischen Steuern befreit sind, noch es verstanden haben, die Einnahmequellen der Stadt so zu verwerthen, wie dies möglich und nothwendig wäre.

Nach kurzer Debatte, — die Gegner mußten sich nicht, — wurde die vorgeschlagene Resolution unter stürmischen Beifall mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Es ist ein glänzender Sieg, den die Sozialdemokratie errufen! Alle Gegereien der letzten Wochen in der hiesigen Presse gegen unsre Partei, namentlich gegen Debel wegen seines Auftretens im Reichstag, haben uns nur genügt. Die Gegner stürzen in die Gruben, die sie für uns gegraben.

Hamburg. Zur Gewerkschaftsfrage. (Fortsetzung von Nr. 47.) 3) Die gewerkschaftlichen Reiseunterstützungen sind eben so wenig wie die Krankenkassen ein Schritt zu unserm Ziel, aber obgleich keine so wichtige, humane Institution wie die Kranken-Unterstützung, ist diese Reiseunterstützung in dem gegenwärtig noch stattfindenden Wanderleben der Handwerksleute ein größeres Bedürfnis für die Wandernden, als die Gewerkschaften für die Kranken, weil eben für Kranke schon überall durch das Gesetz mindestens die nothwendigste Hilfe getroffen ist, während andererseits das Gesetz nothleidende Wandernde als Bagabunden proklamirt und maltrairirt, weil sie augenblicklich nicht im Stande sind, anders als durch ein Vergehen gegen das Gesetz ihr Leben zu fristen; oft heißt es bei ihnen: „Vogel friß von der verbotenen Frucht, dem Betteln oder stich!“ Und der gesetzliche Bagabund ist polizeilich fertig. Neben der größeren Nothwendigkeit besitzen diese Reiseunterstützungen noch ein agitatorisches Element, das man den Krankenkassen nicht wird zusprechen können; während diese beiden Gründe für die Reiseunterstützungen sprechen, ist sie als allgemeine Gewerkschaftsfrage ganz an ihrem natürlichen Platz; um ihr aber die Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit zu geben, ist eine Vereinigung der verschiedenen Gewerkschaften nothwendig. Die Nothwendigkeit der engen Vereinigung der verschiedenen Gewerkschaften, dethlich wie allgemein, wird, wenn nicht jetzt, voraussichtlich später durch schlimme Erfahrungen erkannt werden. Denn der örtlichen Zahlungsstellen der einzelnen Gewerkschaften werden nicht nur jetzt, sondern auch in der Zukunft zu wenige sein, um den Nothleidenden täglich die Unterstützung zukommen zu lassen; es muß daher nach Möglichkeit gestrebt werden, den Nothleidenden an einem Orte vorbeizuführen, das eine nothgedrungene Bitte um Schutz gegen den Hungertod zum Verbrechen stempelt.

Die eben empfohlene Vereinigung der Gewerkschaften verheße man ja nicht so, als sei damit eine Verschmelzung der verschiedenen Gewerkschafts-Reiseunterstützungen gemeint; zu empfehlen ist nur, daß an möglichst vielen Orten eine Anstalt, stattdessen, der Betrag oder frist aus Kassa der betreffenden Gewerkschaft gezahlt werde; denn bei einer Vereinigung der Gewerkschaftskassen zu diesem Zweck würde der eigennütigen Spekulation Thür und Thor geöffnet. Während innerhalb der Gewerkschaft nur die Person auf die Kasse spekuliren kann, könnte es innerhalb des Vereins auch die Gewerkschaft; so viel als möglich muß daher diesem häßlichen Element das Leben abgeschnitten werden durch gute Organisation. Reiseunterstützung ist eigene Angelegenheit jeder Gewerkschaft, die Auszahlung aber gemeinsame Angelegenheit aller Gewerkschaften. Ein Vorwurf, der gegen diese Reiseunterstützung erhoben werden kann, ist: dieselbe kommt einseitig den jüngeren und unweiligeren Klassen zugute, während die älteren und verheirateten oft demselben Nothstand unterworfen sind. Dieser Einwand ist vollberechtigt und wirft durch seine Folge all unsern guten Willen, in humaner Richtung allgemein unterbühnend zu wirken, über den Haufen; denn um dies nur annähernd auszureichen zu thun, würden unsere Kräfte so in Anspruch genommen werden, daß uns für ein Wirken in prinzipieller Richtung so gut wie nichts übrig bliebe, und der uns prinzipiell gegenüberstehende Staat ist spekulativ genug, um die von uns eingeschlagene humanitäre Richtung (die nur ein Zweig unserer prinzipiellen ist) für seinen Vortheil und somit zu unsem Nachtheil auszunutzen, indem er, sobald wir ihm freiwillig eine Last (die Erhaltung Hilfsbedürftiger), die er tragen muß und die er theilweise schon trägt und die ihm durch Befolgung seines Prinzips (Kraftloshaltung des arbeitenden Volks) immer größer wachsen wird, erleichtert, sie uns bald gesehlich aufbürden wird, und unsere Kräfte, so weit wir sie nicht schon freiwillig unserer prinzipiellen Wirksamkeit entziehen, noch gänzlich in Anspruch nehmen wird.

Hier leuchtet die Nothwendigkeit des politischen Charakters der Gewerkschaften ein, die Nothwendigkeit für die Bewegung auf materiellen Gebiet, dem Boden der Gewerkschaften. Hier leuchtet es ein, daß jede Gewerkschaft, die für Verbesserung der Verhältnisse des Arbeiters wirken will, keine Stütze des Staats sein darf, dessen Prinzip die Schwächhaltung des arbeitenden Volks ist, um die unumschränkte Herrschaft und somit das Ausbeutungsvormögen weniger Staatsmitglieder zu sichern, daß sie sich also auch hüten muß, einem solchen Staat eine Last tragen zu lassen, die er durch Verfolgung seines Prinzips selbst geschaffen hat, (die ihm nach unserm Prinzip also auch als Eigenthum gehört) und die ihn wie ein Krebsgeschwür zerfressen wird, trotz aller Quacksalberei.

Eine Regel (aber keine Regel ohne Ausnahme) für unsere Gewerkschaften muß es also sein: das Wesen eines Unterstützungsvereins im Allgemeinen von sich fern zu halten, und nur da, wo die Noth innerhalb ihrer Kreise existirt, hier aber auch möglichst vollkommen, die Noth durch Eintreten aller für Einen und Einen für Alle zu vernichten.

So wären denn Kranken- und Reiseunterstützungen als normale, allgemeine Institutionen unserer Gewerkschaften aus der Thätigkeit derselben zu streichen?

Welcher Widerspruch zwischen dem Anfang und dem Ende! Ja wohl, doch nicht der Widerspruch des Schreibers, sondern der des allgemeinen Willens und des allgemeinen Könnens, der Kampf zwischen dem humanen Triebe und dem nothwendigen Müssen.

„Dann hätte ja doch das Erstere wegbleiben können!“ — Das hätte es können; doch besser ist: es steht. Es kann immer nur da sein, soweit unsere Verfassung für unterstützende Institutionen geboten ist, und soweit unsere Kräfte eine Ausnahme von der Regel zulassen. — Ueber die Bemerkung der Redaktion in Nr. 2 dieses Artikels (in Nr. 47) „aber wie ist für die Unterstützung erkrankter Reisender von Staatswegen gesorgt?“ ist zu sagen: Nur so wenig, daß es eben Einem benommen ist zu sagen: Das ist noch unserm Können, und doch mehr, als uns Kräfte fehlend werden, selbst helfen zu können.

A München. Die Freibeiten des neuen deutschen Kaiserreiches machen sich hier allmählich fühlbar. Der Fachverein der Schuhmacher wurde für polizeilich erklärt, weil sozialdemokratische Agitationen in demselben austreten und dessen Mitglieder mit der sozialdemokratischen Partei fraternisiren; so lautete der polizeiliche Ukas. Dem Fachverein der Schneider wurde die Auflösung angedroht, wenn er es je dulde, daß ein sozialdemokratischer Agitator dort auftritt. Die Versammlungen zur Gründung eines Fachvereins der Schlosser wurden als politische von der hochwürdigen Polizei erklärt, damit die Winderjährigen nicht das Gift des Sozialismus einzuhauchen, und damit der minderjährige, aus Oesterreich ausgewiesene Parteigenosse Amhof (ein Schlosser) nicht anwesend sein, viel weniger etwas sprechen darf. (Er ist bereits von hier wieder abgereist.) Art. 15. des bairischen Vereinsgesetzes ist, wie nirgends, dazu geschaffen, den Winderjährigen politische Bildung unmöglich zu machen, um dann desto gehorsamere Soldaten, blinde Werkzeuge zu haben. Jede Woche finden mehrere politische Bernehmungen von Parteigenossen wie Mitgliedern des sozialdemokratischen Lokalvereins statt, um wo möglich eine Verbindung oder Identität zwischen Partei und Verein herbeizuführen.

Parteierversammlungen abzuhalten, wird uns auf folgende Weise beinahe unmöglich gemacht. Zuerst begibt sich ein Wensdarm oder Bezirkskommissar, je nach der Persönlichkeit des Wirthes, in dessen Lokal die Parteierversammlung abgehalten werden soll, dorthin und setzt dem Wirth die „kirchlichen Nachtheile“ auseinander, die ihm im Geschäft erwachsen, wenn er Sozialdemokraten bei sich duldet; man macht ihn darauf aufmerksam, daß im gewöhnlichen Gastzimmer während der Zeit unseres Zusammenseins 4—6 Wensdarmen sitzen, daß man sein Lokal aus dem Strahlen von 12—20 solcher polizeilicher Schutzhengel umlagert werde — was immer auch wirklich der Fall war —, und daß er sich durch Unterzeichnung der von uns frist zu machenden gesetzlich vorgeschriebenen schriftlichen Anzeige resp. Bekundung, daß er sein Lokal zur Versammlung uns für den Abend abläßt, sich als mit unseren Prinzipien einverstanden erklärt und ihn alle Verantwortung trifft.

ist ein Wirth fest genug, dem zu widerstehen, oder als Geschäftsmann kalt berechnend und abwägend, nun so kommt in höchstgelegener Person ein Polizeikommissar und führt außer Obigem noch an, daß dieser oder jener Beamte etc., der im fraglichen Miethshaus wohnt, anzugehen wird, daß, ist der Wirth bloß Pächter, daß der Pacht gefündigt werden wird und dergleichen mehr; und siehe denn, es wirkt, und schließlich können wir wegen Mangel an Lokal oder vorchriftsmäßiger Anzeige keine Parteierversammlung abhalten.

Wenn wir durch solche Ghisane außer Stande sind, vor dem Congresse unsere Parteimitglieder um und zu versammeln und Beschlüsse zu fassen, so muß die Partei und der Congreß uns entschuldigen; wir haben gethan, was uns möglich war, und es wird eine Zeit kommen, wo auch die Münchener Parteigenossen zeigen werden, daß sie ihren Platz anfüllen, und gelitten und geharrt, aber nicht gewankt haben.

Wien. Am Sonntag den 11. Juni hatten wir hier eine öffentliche Parteierversammlung. Obgleich nicht durch öffentliche Bekanntmachung dazu eingeladen worden war, so hatten sich doch ziemlich Viele eingefunden. Herr Rittinghausen besprach zuerst in einem längeren Vortrag die Pariser Ereignisse und geistigte in derben Worten das jeige Benehmen der Verfallener im Norden und Hinrichteten der Pariser, namentlich Gallifets, welchen Napoleon sich ergogen hatte. Er erklärte ferner die schlechte Behandlung der Ökonomie auf den Kontons, wie dort Alle aus Einem Küssel und ohne Löffel mit den Händen essen müßten. Dann sprach er über die 40,000 Gefangenen, welche nach Neukaledonien geschickt würden, und wofür man 30 Millionen als Transportmittel so freimüthig gewähre, wogegen für Verbesserung des Loses der Arbeiter niemals Geld vorhanden sei.

Auch würde man wohl wieder Einiges nach Capenne schicken, wie Napoleon nach dem Staatsstreich vom 2. Dezember die Mistliebigen dort hingeschickt, die Sozialisten sogar auf die Reuseinsel, wo es wegen der erdrückenden Hitze des Klimas kein Mensch aushalten konnte, daher sehr Viele elendiglich umgekommen, wodurch die Napoleonische Regierung sich bemogen gefunden, die Würder und gefährlichen Spießhahnen nach Neukaledonien zu schicken.

Er geistigte ferner das Lügengewebe der Presse, und erklärte die Geschichte des Schomacher, welcher Sozialist sein soll, weil er den General Lecomet ermordet. Dieser Schomacher sei der Bruder eines früheren Pariser Freudenmädchens, welches den alten Marquis Doru geheiratet und dadurch eine reiche Marquise geworden war. Ihr Bruder, Schomacher, habe nun mit dem Gelde, das er von seiner Schwester erhalten, ein liebes Leben geführt, sei dadurch in einen langwierigen Prozeß gerathen, und mit einem Male aus dem Arreste ganz spurlos verschwunden — — Jetzt soll derselbe wieder aufgetaucht sein, und den General ermordet haben. Nun muß dieser liebevolle Bruder der reichen Marquise, der mit Hälfte des Geldes aus dem Arreste verschwundene Verbrecher, „unbedingt Sozialdemokrat“ sein! — — Wie kommt dieser dazu? — — Weil die Presse es will. Daß die Sozialdemokratie alles Wachen, sogar jede Todesstrafe abschaffen will, davon will die Presse nichts wissen. — — Er sprach ferner über das Pfaffenenthum in Frankreich, welches schon wieder stark agitirt und Unterschriften sammelt, um den Papst wieder auf den weltlichen Thron zu setzen und den König von Italien fortzujauchen. Ob das französische Volk sich dazu gebrauchen lassen wird? — — Nach dem Circular des Erdemokrat Jules Favre wäre es wohl fast nicht mehr zu bezweifeln; derselbe sagt: „Die Internationalen sind die Gesellschaft des Hoffes und des Krieges; sie wollen Religion und Grundbesitzenthum aufheben, die direkte Gesetzgebung durch das Volk einführen und eine Diktatur schaffen.“ Der Erdemokrat kennt aber so viel von der Sozialdemokratie, wie ein Winder von der Farbe. Denn so wenig wie Marx, den man von Berlin aus die Pariser Revolution leiten lasse, in Berlin und London zugleich wohnen könne, ebenso wenig sei es möglich, daß eine direkte Gesetzgebung durch das Volk auch zugleich eine Diktatur sein könne. Wo aber solcher Unsinns aufgetischt werde, da sei für die Zukunft jeder Halt verloren, dagegen

*) Da Neukaledonien nahe bei Englischen Kolonien liegt, wird es John Bull Angst vor sozialdemokratischer Ansiedlung. Die Londoner Blätter enthalten zahlreiche Proteste gegen den Plan der Verjauler. Nun — wir wüßten einen Ausweg. In unserm „Rationalzuchtshaus“ ist noch Raum genug — wie war's, wenn unsere Regierungen die 40,000 Pariser „Kommunisten“ übernahmen? Vor „Ansiedlung“ würden wir uns nicht fürchten.

der Sieg der Sozialdemokratie sicherlich nicht mehr zu bezweifeln. — Herr Rittinghausen stellte dann den Antrag, auf dem Congreß zu beantragen, den § 19 unsern Partei-Programms wieder in seiner ersten Fassung herzustellen.

Dieses wurde von Mehreren für nützlich anerkannt und Herr Rittinghausen beantragt, diesen Antrag dem Ausschuß zu unterbreiten. Dann wurde noch von einigen Mitgliedern der Antrag gestellt, es möge dahin gewirkt werden, daß der „Vollstaat“ einen Tag früher erscheine, und beschloßen, unsern Delegirten dieses anzugeben.

Nachdem noch bestimmt wurde, am Sonntag den 25. Juni wieder eine öffentliche Parteiversammlung abzuhalten, wurde noch von Berg und Gallen ermahnt, festzuhalten an der Sache und nicht zu wanken, wie es die Fortschrittler und Liberalen gewöhnlich machen.

München — Gladbach. „Christliche Liebe“. Am Frohnleichnamstage nürzte der Anstreicher Trost von dem im Bau begriffenen Lokomotivschuppen auf der neuen Wasserstation der Bergisch-Märkischen Eisenbahn von eisernen Dache hinunter und blieb an der Stelle todt. Die sämtlichen anwesenden Arbeiter sprangen gleich dazu, um zu sehen, ob noch Hilfe möglich sei und holten einen Arzt herbei, welcher konstatierte, daß Trost todt sei. Die Leiche wurde nun in das katholische Krankenhaus gebracht. Der Direktor verweigerte anfangs die Annahme der Leiche, sah sich aber doch nachher durch das entschiedene Auftreten der Arbeiter genöthigt, sie anzunehmen. Die Arbeiter blieben eine Zeitlang da und waren den Wärtern behässig, die Leiche nach üblicher Weise zu behandeln, ihr ein Lakenkleid anzuziehen und sie in den Sarg zu legen. Der Verunglückte hatte eine Frau und zwei Kinder, war von katholischer Herkunft und „Sozialdemokrat“. Er wohnte in einem Gehäuf, welches zwar jetzt nicht mehr zur Gemeinde Gladbach gehört, aber ganz an der Gränze liegt, dazwischen gehört der Lokomotivschuppen, wo das Unglück passirte, zur Gemeinde Gladbach.

Da sich jedoch bis Samstag Niemand fand, der dem Verwalter des Hospitals das Leichenbened und den Sarg bezahlen wollte, so wurde die Leiche wieder ausgezogen und Samstags Abends gegen halb zwölf Uhr in die Wohnung des Verstorbenen gebracht. Die Thüre wurde aufgebrosen und die Leiche ohne jede Bekleidung in den Hausflur geworfen. Durch diesen Tumult wurden die Bewohner des Hauses aufgeweckt und zugleich wurden alle Arbeiter, welche in den Nachbarhäusern wohnten, alarmirt. Gleich wurde die Polizei geholt, welche auch sofort für einen Sarg sorgen mußte. Ein Kaufmann wurde aufgeweckt, welcher ein Leichenbened hergab. Nun war e die Leiche wieder eingelagert und auf einem gerade bereit stehenden Karren durch die Stadt hindurch wieder zum Hospital gebracht.

Aus der Schweiz. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Stadt St. Gallen und Umgegend haben Donnerstag, den 15. Juni in einer 800 Personen starken Versammlung beschlossen:

- 1) Beitritt zum internationalen Arbeiterbund als Sektion St. Gallen.
- 2) Einführung der 11stündigen Arbeitszeit und anderthalbstündigen Mittagszeit für sämtliche Arbeiter.
- 3) In Folge dessen und in Anbetracht der Entstellung der wahren Thatsache in der Angelegenheit der Weimarer Appretierung durch einen Theil der Presse hat die Sektion der Appretierer auf ihren Forderungen zu beharren, baueri der Strike fort und verpflichten sich sämtliche übrigen Arbeiter, die feiernden Kollegen mit allen erlaubten und gesetzlichen Mitteln nach Kräften zu unterstützen.

Brüder, Arbeiter der Dörschweil! Das St. Gallen'sche Proletariat hat gestern Abend einen Bund geschlossen, zu dem es, nachdem die Arbeiter schon Jahre lang durch einen nie zu rechtsetzenden Materialismus und durch die eigene Uneinigkeit darnieder gehalten worden, berechtigt war. Verloren Urtheile durch Wort und Schrift, geringfügige Behandlung und bestmögliche Ausbeutung der arbeitenden Klasse haben uns organisiert. — Durch energisches Zusammenhalten, strenge Ordnung und Mannszucht, nicht aber durch revolutionäre Geyse*) werden wir der Welt beweisen, daß der Arbeiterstand aus seinem Schloße erwacht und den übrigen Klassen der Menschheit ebenbürtig ist. Organisirt Euch! Haltet gute Ordnung! Stellt keine unberechtigten Forderungen! Da wo man Euch aber entgegentritt, und Euch verfolgen will, zeigt es uns an, wir werden Euch mit Rath und Unterstützung beistehen.

St. Gallen, den 16. Juni 1871. Im Namen der Sektion: Der Präsident: Caspar Feh. Der Sekretär: August Forster. Der Kassirer: Joseph Klingler.

Zum Congreß.

Anträge. Die Ronsdorfer Parteimitglieder beantragen:

„Der Congreß wolle beschließen: 1) „Bei den Reichstagswahlen sind nur solche Kandidaten zu unterstützen, welche als Mitglied unserer Partei event. den andern sozial-demokratischen Parteien angehören.“

Motive: Nach den bisher gemachten Erfahrungen hat sich klar herausgestellt, daß die andern sogenannten politischen Parteien unfähig und auch nicht Willens sind, im Gesamtinteresse freirechtliche Forderungen durchzusetzen, ja daß sie dieselben sogar, wenn von unserer Seite gestellt, bekämpfen.

Beweis: Abg. Sonnemann u. s. w. u. s. w. 2) „Der Pariser Kommune als Vorkämpferin des Proletariats öffentlich unsern Dank abzusprechen.“

Die Marxburger Parteigenossen beantragen: 1) „Der Congreß möge berathen, wie die Vanderveröfentlichung am leichtesten organisiert werden könne: dazu würde die Herausgabe sozialdemokratischer Schriften, leicht fasslich geschrieben, viel beitragen.“

2) „Der Congreß möge beschließen, eine Expedition zu errichten, durch welche sozial-demokratische Schriften zu beziehen sind.“

Heidemann (Leipzig) beantragt: „Der Congreß wolle die Parteigenossen in jedem größeren Orte auffordern, aus ihrer Mitte ein Agitationskomitee zu wählen, welches die Aufgabe hat, in weiterem Umkreise durch Abhalten von Versammlungen Gesinnungsgenossen anzuwerben und für die Prinzipien der Sozial-Demokratie durch Wort und durch Verbreitung von sozialistischen Schriften zu wirken.“

Die Weimarer Parteigenossen beantragen: „Da nach § 4 des Statuten-Entwurfs des literarischen Attienunternehmens, wonach mehr als 5 Attien für einen Ort nicht bewilligt, und mehr als eine Attie auf ein und denselben Namen nicht ausgestellt werden darf, ein Zustandekommen dieses Unternehmens ganz unmöglich ist, die hiesigen Parteigenossen aber das fragliche Unternehmen als das wirksamste Agitationsmittel erkennen, so beantragen dieselben, statt der obigen Bestimmungen folgende anzunehmen:

Mehr als 15 Attien werden für einen Ort nicht bewilligt und mehr als drei Attien dürfen auf ein und denselben Namen nicht ausgestellt werden. Alle auf ein und denselben Namen ausgestellten Attien haben nur eine Stimme.

„Die Parteigenossen glauben, daß dadurch das demokratische Prinzip nicht verletzt, das Zustandekommen des Unternehmens aber wenigstens ermöglicht wird.“

*) Ein etwas sonderbarer Ausdruck im Munde von Mitgliedern des internationalen Arbeiterbundes! Jede emanzipatorische Handlung wird von den Gegnern derselben als „revolutionärer Geyse“ bezeichnet; auch der Schweizer Sonderbundkrieg wurde feinerzeit von den Reaktionsären aller Länder so genannt. D. Red.

Die Anzahl der aus fremden Ländern oder aus der Provinz der Insurrektion in Paris zu Hilfe gekommenen Genossen befreit sich nach amtlichen Ausweisen aus London beiläufig auf 55,000 Mann.

Unsere Lesern brauchen wir nicht zu sagen, daß der „Bericht“ eine Fälschung ist. Ganz abgesehen von der Abgeschmacktheit, die „Internationale“ unmittelbar nach der furchtbaren Katastrophe an die Abfassung eines solchen Attentats denken zu lassen, ist der betreffende Mouchard bei Fabrication der verschiedenen Posten so dumm und plump zu Werke gegangen, daß auch der Nichteingeweihte, dessen Hirnfunktionen nicht suspendiert sind, den Betrug sofort entdecken muß.

Wie rasch es nieder geht, wenn man sich einmal auf die abschüssige Bahn begeben hat, das sehen wir an Louis Blanc. Vor anderthalb Monaten brach er über die Kommune in den, neu-lich mitgetheilten Worten zwar den Stab, hielt sich aber dabei doch wenigstens anständig. Vier Wochen später fühlte er schon das Bedürfnis, sich die Achtung des „Figaro“, d. h. des berühmtesten der monarchischen Schandblätter Frankreichs, noch unter dem „Paris-Journal“ stehend, zu erwerben, und richtete zu diesem Behuf an einen der Redakteure folgende Epistel, die natürlich mit Wärme abgedruckt wurde, und des Orts, wo wir sie finden, vollkommen würdig ist.

„Mein Herr! Ich lese in einem von Ihnen unterzeichneten Artikel, daß die antihäretische republikanische Partei von mir einen Protest gegen die Gräueltaten erwarten dürfe, deren Schauplatz und Opfer Paris gewesen ist. Diese Bemerkung muß mich überraschen. Weisheit erhellte Mann, der sich selber achtet, könnte sich verpflichtet halten, öffentlich zu erklären, daß ihm Brand, Plünderung und Mord Abscheu einflößen? Ich denke von mir gut genug, mein Herr, um für meine Person eine solche Erklärung für vollkommen überflüssig zu halten. Ohnehin liegt es, wenn die öffentliche Entrüstung so groß und so begründet ist, nur allzu sehr in der Natur der Parteien, diese Entrüstung für ihre besonderen Absichtungen und Pläne auszubenten. Dem soll man nicht Vorwurf leisten; sonst könnte der Zorn an Stelle der Gerechtigkeit treten und der Unschuldige die Strafe des Schuldigen theilen. Sie wissen recht gut, mein Herr, daß in den Gerichtsakten allen Zuschauern Schweigen geboten ist; ebenso wahr ist es, daß Jedermann schweigen muß, wenn der Richter sprechen soll. Genehmigen Sie, etc. Louis Blanc.“

Les vieux dieux s'en vont — die alten demokratischen Götter sind abgesetzt, und in ihrem impotenten Zorn poltern sie gegen die junge Demokratie, gerathen dabei aber in die größte Verlegenheit, weil sie sich doch auch der Reaktion nicht direkt anschließen wollen. So schimpft Mazzini in seiner „Roma del Popolo“ („Rom des Volks“) in einem Athem über die Pariser Kommune und über die Versailler Wirtschaft. In seinem „heftigen Schmerz über die Entweihung der republikanischen Symbole durch die Rothen“, in seiner „Empörung über die Hülsen eines Gallies“ stellt er Thiers auf gleiche Linie mit den Hauptern der gefallenen Insurrektion. Er schreibt unter Anderem:

„Unsere erste Pflicht ist, uns offen und entschieden von beiden Parteien zu trennen und dafür zu sorgen, daß in Italien das sittliche Gefühl (!) nicht verloren gehe, das in Frankreich nur allzu sehr verloren gegangen ist. Wehe uns, wenn wir nicht in tiefster Seele fähig sind, daß nur hiedurch ein künftiger Fortschritt bei uns möglich ist! Wehe uns, wenn der heilige Krieg zwischen dem Guten und Bösen, zwischen der Wahrheit und der Lüge, der unter dem vollen Licht des Himmels und unter Gottes Auge (!) in Europa gekämpft wird, im Dunkeln ohne bestimmte Norm, ohne einen Leuchtthurm, der die Kämpfenden leitet, ohne andere Eingebung als den Impuls einer Stunde oder die elenden Leidenschaft eines Individuums geführt wurde!

Wir wollen hier keinen Einzelnen bezeichnen, aber wir beklagen eine unlösliche Thatsache: das Fehlen der öffentlichen Meinung hat sich meist in zwei Parteien getheilt, in diejenigen, die mehr oder weniger für die Kommune, und die, welche mehr oder weniger für die Assemblée (Nationalversammlung) Partei ergreifen, wobei die Einen und die Anderen zu verschleiern, zu verschweigen oder zu verherrlichen und den Charakter der Thatsachen und ihre Folgerungen, je nach ihrem Standpunkt, zu vergrößern oder zu verkleinern suchen.

Wir haben einerseits die Niedermetzelung der Weiseln damit entschuldigen hören, daß sie der Schuld überführt worden, mit Versailles in Beziehung zu stehen, und man wagte die heiligen Namen von Sagunt, Saragozza und Missolonghi bei Anlaß der Brandlegungen zu entwerfen. (!) Die Weiseln waren nur solche und nichts weiter: sie haben weder einen Prozeß noch ein einziges Verhör bestanden.

Auf der anderen Seite haben wir die Assemblée eine Beschützerin der Ordnung und Freiheit nennen hören, und man hat, ohne zu erröthen, Thiers den unbesiegbaren Mann von Washington ertheilt. Wer die Assemblée preist, übersteht die Thatsachen, oder ist verberbt wie sie.

Wir müssen, ich wiederhole es, uns feierlich von den Einen und von den Anderen trennen. Weder mit den Einen, noch mit den Anderen ist die Gerechtigkeit und das ewige Recht, und nur diese dürfen die Norm unserer Urtheile sein. Die französische Korruption ist eine Frucht der beiden bourbonischen Monarchien und der beiden Kaiserreiche. — Die Republikaner werden gerade gegründet, um durch die republikanische Erziehung Republikaner zu erschaffen. In Frankreich ist als Quelle aller inneren Streitigkeiten ein tiefer Mangel an Gleichgewicht zwischen den Städten, die republikanisch, und den Bauern, die unerzogen und eingeschüchert durch den Schrecken und die Schlägereien, von 1793, gegen die Republik sind. Eine allgemeine nationale Erziehung kann diesen Mangel an Gleichgewicht allein überwinden, und diesen kann nur die Republik geben.“

Mazzini soll Buzprediger werden für alle Weiber!

Wer und wo sind die Mordbrenner?

Ludwig Pfau schreibt der „Frankfurter“ Zeitung“ unterm 17. Juni Folgendes aus Paris, ohne daß Letztere, welche den Brief Pfau's als Feuilleton abdruckt, in ihrem redaktionellen Theil, wo sie die Verleumdungen gegen die Kommune stets zusammengestellt hat, Notiz davon nähme und darauf verwies: „Abgesehen von einigen monumentalen Gebäuden, die sich nicht so schnell wieder herstellen lassen, wird in zwei Monaten im eigentlichen Paris keine Spur mehr von Krieg und Kriegspolage zu finden sein. Mit der Umgehung — Neuilly, Auteuil, St. Denis etc. — wird's freilich langsamer gehen.

„Aus dieser Einleitung hat sich der intelligente Leser wahrscheinlich längst abstrahirt, daß er in Beziehung auf Paris schmächtig belogen und betrogen worden ist. — Ein einziger Durchbruch Hauffmann's hat mehr Häuser demolirt als das Petroleum der Kommune; und die Versailler haben wenigstens zwanzigmal soviel Häuser mit Bomben zusammengeschossen, als die Föderirten verbrannt haben. Es hatte freilich ein gewisser Schrecken die ganze Stadt ergriffen und das ist kein Wunder; röthet doch der Brand eines einzigen großen Gebäudes den Himmel schon bedeutend genug, und wenn man nun bedenkt, daß ein Duzend

der kolossalsten Baumerke und eine Anzahl sechsstöckiger Privathäuser an allen Ecken und Enden in Brand standen, dazu das tagelang fortwährende Donnern unzähliger Kanonen, das Stürmen der Barricaden, das rassende Schnellfeuer der Hinterlader, und die Kugeln, die überall massenweis aufsprakelten — da konnten die Pariser wohl glauben, der jüngste Tag sei gekommen, und ihre Stadt gehe unter. Ein panischer Schrecken, wie Paris sicherlich noch keinen erlebt hat, schüttelte die Stadt und packte die Gemüther, sie ächzten und bebten wie die Wipfel des Waldes, wenn der Sturmwind daher braust, und einen nach dem andern saßt und zur Erde beugt. Ich sah noch eine ziemliche Zahl vermauerter, vernagelter und mit Erdsäcken verstopfter Kellerlöcher, und sprach Menschen, die sonst ganz vernünftig sind, die aber noch heute steif und fest behaupten, die Föderirten hätten sämtliche Abzugsgräben mit Petroleum gefüllt, um ganz Paris in die Luft zu sprengen. Und doch genügen drei Sekunden Nachdenken, um die Unmöglichkeit eines solchen Unternehmens klar zu machen. Die Pariser Egouts (unterirdische Kanäle) sind so hoch, daß man darin gehen kann, und verhältnismäßig breit. Sie haben Trottoirs und in der Mitte bewegt sich der Abfluß in Form eines Bades, der ziemlich lebhaft der Seine zuläuft. Das in den Egout gegossene Petroleum wäre also für's erste in die Seine geflossen, oder hätte sich wenigstens, wenn man die Ausgänge verstopft hätte, nur in den tiefer liegenden Theilen angesammelt. Abgesehen davon, wäre es jedoch schon durch den Inhalt der Kanäle und durch das jeden Augenblick zufließende Wasser so verdünnt worden, daß es gar nicht gebrannt hätte.

Die Geschichte von energiegelassenen Nordbrennerbataillonen, von Petroleumsen mit Delbütchen und Kindern mit Zündhölzern sind ebensolche Phantasien, die in Hoffmann's Erzählungen am Plat wären, und über die man lachen würde, wenn dieses schändliche Lügenhystem nicht manchem Unschuldigen das Leben gekostet hätte. Ich habe nun Paris zwei Tage lang nach allen Richtungen durchfahren und alles mit eigenen Augen gesehen; die Wahrheit reduziert sich auf Folgendes: Außer den öffentlichen Gebäuden, mit welchen ich mich in meinem nächsten Briefe befassen werde, sind von Privathäusern zerstört: die nach dem Faubourg St. Honoré liegende Seite der Rue royale von der Madeleine bis an den Eingang des Faubourgs, sodann die gegenüberliegende Ecke dieses Eingangs und auf der andern Seite der Rue royale die Ecke dieser Straße und der Rue St. Honoré, im Ganzen 10 Häuser. Am Größten ist die Zerstörung auf der linken Seite in der Rue de Lille und in der Rue du Bac, wo jene diese durchschneidet. Hier sind viele Häuser vollständig zusammengestürzt und die Gesamtzahl mag sich auf 21—22 belaufen. In der Rue Rivoli sind, in der Nähe des Place du Louvre, ein paar Häuser verbrannt. An der Ecke der Rue Rivoli und der Rue St. Martin 4; an der Ecke der Rue Rivoli und des Boulevard Sebastopol 3—4. Ferner das Eckhaus neben dem Theater der Porte Saint Martin. Die zwei Ecken des Boulevard du Prince Eugène, einige Häuser auf dem Boulevard Richard Lenoir, dem ehemaligen Kanal, 4—5 kleine Häuser beim Eingang des Boulevard Mazas am Quai, und einige an der Ecke des Basillenplatz und der Faubourg St. Antoine sind ebenfalls verbrannt.

„Ein großes Waarenmagazin in der Faubourg St. Martin wurde auch angezündet; und auf dem Place des Hotel de Ville die sogenannten Anneres des Stadthauses, in welchen sich die Municipalarchive und die Assistance publique befanden, gingen mit mehreren benachbarten Privathäusern in der Avenue Victoria und am Quai gleichfalls in Flammen auf.

„Im Ganzen sind es ungefähr hundert abgebrannte Privathäuser, aus welchen die Correspondenzen und Telegramme ein eingeseichertes Drittel der Stadt Paris mit 50,000 Leichen zu machen beliebten. Es wäre nur zu wünschen, daß die Nachrichten von den Versailler Greuelthaten ebenso übertrieben wären, aber hier scheinen die Lügenfabrikanten das Ausschneiden leider weniger nöthig gehabt zu haben.

„Die Häuser sind hauptsächlich bei den Barricaden in Brand gesteckt worden, als letztes Verteidigungsmittel, wenn eine Barricade genommen oder unhaltbar geworden war, um den Truppen das Vordringen unmöglich zu machen. Andere brannten in der Nähe angezündeter öffentlicher Gebäude ab, wahrscheinlich ohne Absicht der Brandleger, andere fielen ein Opfer der Privat- oder auch politischen Rache; so namentlich einige große Magazine de Nouveautés, weil deren einflußreiche Besitzer für Bejahung des fatalen Plebiszits im Jahr 1870 eifrig gewirkt hatten. Eine Anzahl Hallunken, Galeerensträflinge, Megären, die seit Wochen nicht mehr nüchtern geworden, und ähnliches bei solchen Gelegenheiten frei umlaufendes Gefindel mag wohl auch aus Privatliebhabelei diesen letzten Akt des „Prophezen“ in Scene zu setzen geholfen haben; aber von da bis zum festgesetzten Plan, Paris vermittelst einer organisirten Schwefel- und Petroleumbande zu verbrennen, ist's noch weit hin. Für diesmal wenigstens hat der Plan nicht existirt, wenn auch einzelne Schreier mit derartigen Repressalien drohten; ob es das nächste Mal nicht dazu kommen kann, ist freilich eine andere Frage.“

Unsre in Pest verhafteten Parteigenossen Scheu, Kutill, Küdt, Schäffter und Beschau sind wegen „Aufhebung der Arbeiter und Aufreizung gegen den Bestand der Monarchie sowie gegen die besitzende Klasse“ auf Befehl des Stadthauptmanns über die ungarische Grenze geschafft worden unter Strafandrohung bei eventueller Wiederkehr. Die Uebrigen scheinen noch in Haft zu sein.

Das cisleithanische Ministerium will sich indeß von dem ungarischen den Rang nicht streitig machen lassen und hat in dieser Woche wieder den „Bolschewik“ konfiszieren lassen, ehe noch das Pflichteremplar in den Händen des Staatsanwalts sein konnte. Der Befehl zur Konfiskation war also schon im Voraus gegeben. — Die Wohnung Oberwinder's war in den letzten Tagen polizeilich umstellt; der Gesuchte befand sich jedoch anderwärts.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt es für etwas „Unmögliches“, daß Hr. Braß einem der Redakteure des „Volkstaat“ vor 8 Jahren die Spalten der Norddeutschen Allgemeinen

Zeitung“ zur Verfechtung des Sozialismus und Communismus angeboten habe.

Nun, es ist nicht das Erstmal, daß Hr. Braß das „Unmögliches“ geleistet hätte, und er selber wird zugeben, daß es für den Dichter des:

Wir färben roth, wir färben gut,
Wir färben mit Tyrannenblut
weit „unmögliches“ ist, Redakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu sein, als die Spalten dieser „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ dem Sozialismus und Communismus zu öffnen.

Doch: „unmöglich“ oder nicht — das betreffende Anerbieten wurde gemacht, wurde mir gemacht, und zwar zu wiederholten Malen, wie denn überhaupt Hr. Braß sich recht viel Mühe gab, meine Freunde und mich für Herrn Bismarck zu gewinnen. Sollte Hr. Braß dies bestreiten, nun gut, so ist Einer von uns beiden ein Lügner, und ich überlasse es dem Publikum, zu urtheilen, ob Hr. Braß oder Leipzig, den 21. Juni. W. Liebknecht.

Briefkasten
der Redaktion: H. H. in K. Der zweite Theil hat für unser Centralblatt, das sich nicht mit alltäglichen Lokalgeschichten befassen kann, keinen Werth. — J. J. In Sachen ist an aquatorischen Kräften kein Mangel. — H. A. R. in S. Der Sag: Eine Bitte u. s. w., wurde darum ausgelassen, weil er Sch. in B. hätte beleidigen können; sonst hätte es keinen Grund. A. R. in W. Der ausführliche Bericht über die Landesversammlung ist nicht gekommen. Der erste Brief aber enthielt Nichts, was nicht in der (bereits gesetzten) Korrespondenz des „Cr. B.-Fr.“ gestanden hätte. —
der Expedition: Grändler in L. Wir bitten um Ihre genaue Adresse. A. G. Nürnberg: Die Photogr. sind vorrätig, senden Sie Betrag ein. R. Düsseldorf: Das Bestellte nebst Brief ging ab. 1 Thlr. etc. G. in Fr. 1 Thlr 1/2, Gr. Paket etc. Barthele in J. 3 fl. für Ab. etc. L. in B. abgehandelt. In M. Eisenacher Protokoll nicht mehr vorhanden, das Uebrige erhalten Sie. Braunschweig: Die Pakete werden stets im besten Zustande hier aufgegeben, und ist es aber oft selbst schon so wie Ihnen gegangen; das reklamieren nützt gewöhnlich Nichts.

Quittung
über eingegangene Gelder für die Wittve unseres Parteigenossen Roth: Von Braunschweig, Waldenburg und Ronneburg je 1 Thlr. nach fl.: 5 fl. 15 kr., ferner von Herrn B. St. hier 2 fl. 20 kr., von Rainzer Mitgliedern gesammelt 18 fl. 39 kr., zusammen 26 fl. 14 kr. Indem wir nun die Sammlung als beendet betrachten, staten wir im Namen der Wittve Roth allen Gönnern unseren innigsten Dank ab. Im Auftrage: J. Legendcker.

Der „Deutsche Demokrat“, ein politisches demokratisches Wochenblatt für das Deutsche Reich,

fängt mit dem 1. Juli ein neues Quartal an, in derselben Form wie es der unterzeichnete Verleger und Redakteur im Zusammenwirken mit Dr. Johann Jacoby und J. Reitenbach-Pflickeu und andern bewährten Mitarbeitern in allen Theilen Deutschlands seit drei Quartalen geschaffen.

Für den gebildeten Leser, für die Masse des Volkes werden wir fortfahren, politische Nachrichten zu bringen, Artikel, die die Masse auf den richtigen Weg zur Freiheit leiten sollen. Hoch voran soll uns leuchten die alte schwarz-roth-goldene Fahne deutscher Freiheit und Einheit. Gleiches Recht und gleiche Pflichten für Alle wird unsere Losung bleiben.

Demokraten! Dringend bitten wir, helfst dem „Deutschen Demokraten“ sein Ziel erreichen, indem ihr ihn in Schichten des Volkes verbreitet, in denen größere Zeitungen keinen Eingang finden, oder unverständlich bleiben.

Der „Deutsche Demokrat“ erscheint jeden Samstag, wird für Auswärtige aber schon freitags zur Post gegeben. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen auf denselben an. Für Süddeutschland kostet er 18 kr. = 5 Sgr., für Preußen (in dessen großem Post-Verkehrs-Preiskourant er im Nachtrage unter Nr. 689 a. verzeichnet ist) bei Selbstabholung von der Post 6 Sgr. 9 Pfg., in der Stadt mit Bestellgeld 8 Sgr., auf dem Lande mit Bestellgeld 9 Sgr. 6 Pfg.

Inserate finden für 12 kr. = 3 Sgr. die Petitzeile die weiteste Verbreitung in Deutschland und im Auslande. Kaiserslautern, im Juni 1871. Der Verleger und Redakteur, Karl Vuedek.

Der Grimmitzschauer „Bürger- und Bauernfreund“, (Postzeitungs-Katalog, VIII. Nachtrag, Nr. 198a.) sechsmal wöchentlich erscheinendes Organ der Demokratie, kostet 10 Rgr. vierteljährlich, incl. Postgebühren, und bringt besonders: zahlreiche Nachrichten aus Sachsen und Thüringen, Original-Artikel und Original-Feuilletons. Inzerate 1/2 Rgr. pro dreimal gespaltene Zeile.

An die Parteigenossen in Gohntz, Grimmitzschau, Verdau, Reichenbach i. B., Mylan, Plauen.

Unser Parteigenosse Rosi, einer der Wiener „Hochverräther“ und „Ausgewiesenen“ aus Oestreich, hält Montag den 2. Juli in Goh ein Volksversammlung ab und beabsichtigt auf der Reise von hier dorthin und zurück noch einige Volksversammlungen zu besuchen. Die Parteigenossen in oben genannten Orten, welche eine Versammlung, in welcher Rosi sprechen soll, eunderstehen wollen, bitte ich, schleunigst mich brieflich davon in Kenntniß zu setzen. Leipzig. Bebel.

Arbeitertag des Rheins und Mainungs verbunden mit Volksversammlung in Mainz, Sonntag den 2. Juli, Vormittags 10 Uhr im Hof zum Heiligen Geist, Nachmittags 2 Uhr Delegirtenberatung in Stadt Bingen, und Abends gesellige Unterhaltung im gleichen Lokal, wozu wir Alle umliegenden Städte, Wiesbaden, Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, und Worms nochmals freundlichst einladen. Tagesordnung: 1) Der Normalarbeitstag. 2) Der Kampf der Pariser Kommune. 3) (für die Delegirten-Versammlung:) Der Kongreß in Dresden.

Für Breslau. Sozial-demokratische Arbeiter-Partei. Montag d. 26. d. M. Abends 8 Uhr Versammlung im „goldenen Baum“ Messerg. 25 (Ecke der Oberstr.). Tagesordnung: Vortrag von Kaiser über das „Pflichtgesetz“. J. A. G. Dehme.

Für Connewitz. Sonnabend d. 24. Juni Volksversammlung im Gasthaus zur „goldnen Krone.“ Tagesordnung: 1) Die Prinzipien der Sozial-Demokratie. Ref: Rosi. 2) Die Organisation der Partei. Ref: Lischer. Das Komitee.

Für Thüringen. Die Parteigenossen derjenigen Orte Thüringens, welche Abschrift der auf der Landesversammlung zu Weimar gefaßten Beschlüsse erzielten, erjuche ich um baldige Antwort. Weimar. A. Müller.

Die Filialexpeditionen werden hierdurch erjucht, die Abrechnung über das 2. Quartal sofort nach Ablauf dieses Monats einzusenden und alle übrig gebliebenen Exemplare des „Volkstaat“ mitzuschicken. Leipzig: Verantw. Redakteur A. Depner (Redaktion: Peterssteinweg 13) Druck u. Verlag: J. Ebieler. (Expedition: Petersstr. 13).